

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 32.

Mittwoch, den 7. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Der Einzug der 110 Mann.

Der Wallotbau rüstet sich, die neuen Gäste zu empfangen, die heute das erste Mal das Haus der Beleggeber beziehen. Im Sitzungssaal des Reichstages sind wesentliche Änderungen vorgenommen worden. Durch das starke Anwachsen der sozialdemokratischen Abgeordneten mußte eine völlige Verschiebung der Sitze für die übrigen Parteien vorgenommen werden. Die Sozialdemokraten nehmen die sämtlichen bisher von der Fortschrittspartei besetzten Plätze ein. Diese ist in die früheren Sitze der Nationalliberalen eingerückt, und die Nationalliberalen erhalten die Hälfte des bisherigen Platzblocks des Zentrums. Die Zentrumssitze waren bisher ein einheitliches Ganzes. Jetzt ist in diesen früheren Block ein Zwischenraum eingebaut worden, sodaß die Parteien der Linken und der Rechten auch äußerlich getrennt sind. Die Polen sind ganz auf die rechte Seite neben die Abgeordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung plaziert worden, wo sie nach ihren letzten Abstimmungen hingehörten. Das Zentrum wird das größte Fraktionszimmer an die Sozialdemokraten abtreten müssen, und alles kündet den Wandel an, den der 12. Januar und die folgende Woche vollzog. Auch innerlich hat eine weitere Reinigung des Hauses stattgefunden — die Zahl der Abgeordneten ist wieder zurückgegangen. Während 1878 noch 162 Abgeordnete im Reichstage saßen, war ihre Zahl bis 1907 schon auf 72 zurückgegangen; diesmal sind nur noch 57 übrig geblieben.

Die ersten beiden Sitzungstage werden mit Formalitäten und Wahlen angefüllt sein, dann erst heißt es: „An die Arbeit!“ und „Nützt den Sieg!“ Aber auch die Wahlen sind nicht ohne Bedeutung; das Präsidium des Hauses soll auch nach außen die Veränderung der Verhältnisse widerspiegeln, und in seinen Händen ruht ferner, wenn wir allein die Verteilung des Verfassungsschatzes ins Auge fassen, eine erhebliche Macht. Deshalb ist auch das Streben der Rechten erklärlich, den Grafen Schwerin-Löwig wieder auf den Präsidentensstuhl zu schmuggeln, und seine persönliche Beliebtheit als Mittel zum Zweck zu benutzen. Es gehört ja nicht viel dazu, einen solchen Coup durchzuführen; ein halbes oder ein ganzes Duzend mit konservativer Hilfe gewählte Nationalliberale würde genügen, um der Rechten bei der Präsidentenwahl zum Siege zu verhelfen, da man erwarten muß, daß in dieser Kardinalfrage die konservativen Hilfsvölker, Polen und Antisemiten, noch bei der Stange bleiben werden.

Wir würden einen solchen Ausgang der Präsidentenwahl sehr bedauern, und hoffen, daß unsere Fraktion alles tut, was an ihr liegt, um ihn zu verhindern. Die Möglichkeit allein aber weist schon auf den schwachen Punkt der neuen Mehrheit hin: sie ist nicht nur zahlenmäßig knapp, sondern auch innerlich nicht homogen. Die mangelnde Homogenität liegt eigentlich schon innerhalb der nationalliberalen Fraktion allein. Während beim Fortschritt die ärgsten Rückwärtler wie Mugdan und Eichhoff ausgemerzt sind, die ganze Partei von den konservativen Maulpatrioten auch mit Gewalt an unsere Seite gedrückt wird, weist der Nationalliberalismus eine arg gebrochene Schlaglinie auf. Nicht nur Hehl von Hemsheim, der ohnehin als Wilder gezählt wird, nicht nur Heib und Becker gefährden dort die einheitliche Aktion, nein, als unsichere Kantonsisten müssen wir alle die in Rechnung stellen, die vom Zentrum und den Konservativen in der Stichwahl gegen uns gewählt sind. Macht Bassermann seine Saarbrücker Ankündigung wahr, eine liberale und soziale Politik in Deutschland zu unterstützen, dann wird er nicht nur alle Autorität aufbieten müssen, um sich Disziplin zu erzwingen, er wird vielleicht recht bald mit einer Sezession in den eigenen Reihen rechnen müssen, die auf die Dauer sowieso unabwendbar erscheint. Erst dann gibt es eine einigermaßen aktionsfähige Linke.

Diese wird nicht in Wirksamkeit treten bei Militär- und Zollfragen, da hier eine andere Mehrheitsbildung schon von vornherein gesichert erscheint; sie wird sich zunächst betätigen müssen in der Abwehr reaktionärer Anschläge und in der Durchführung einiger unaufschiebbarer Reformen. Einige der geplanten Attentate auf Pressefreiheit und die Koalitionsfreiheit können schon jetzt halb und halb als gefallen gelten; immerhin ist der Reaktion gegenüber Wachsamkeit stets am Platze. Die Bedrohung der Presse durch eine leg. Wagner, der Erpressungsparagraph gegen Streikführer aber kann auch von partikularistischen Parteien, wie den Polen, Welfen und Elßässern, nicht mitgemacht werden, da sie sich mit den eigenen Waffen schlagen würden. Doch mit der Abwehr allein kann die Tätig-

keit der Linken natürlich nicht erschöpft sein. Wenn ihre Zahl auch noch zu gering ist, um große Reformen durchzusetzen, so liegen doch neben der Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages und den Wahlprüfungen, die im eigenen Hause durchgeführt werden können, ohne daß ein Dritter mitzureden hat, auch einige andere Aufgaben vor, die man gewissermaßen als das Pflichtteil des neuen Reichstages betrachten kann. Dazu gehört die Neueinteilung der Wahlkreise.

In den Wahlprüfungen wird sich der Reichstag sofort energisch und unerbittlich zeigen müssen. Wo ein Abgeordneter durch Fälschungen und unzulässige Beeinflussungen sein Mandat erlangt hat, sind die Wähler auch rein bürgerlich-juristisch um ihr Recht betrogen, und die Mehrheitsverhältnisse des Parlaments sind glatt gefährdet. Wahlen wie die der Herren Becker, Liebert, Kröcher, Oppersdorf, Burckhard, Halem, Dertel und ein Duzend anderer müssen unverzüglich untersucht und von der Kommission glatt aufgehoben werden, wenn genügendes Beweismaterial vorliegt, und zwar ohne daß man erst die umständlichen, endlosen „Beweiserhebungen“ von preussischen Verwaltungsbehörden einfordert. Und wo diese unumgänglich sind, da muß der Reichstag den Mut haben, den Landesbehörden Dampf zu machen und ihnen eine bestimmte Frist für die Erhebung zu setzen. Wenn in ein paar Wochen umfassende Grundlagen für Steuer- und Zollvorlagen zu beschaffen sind, dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn nicht in der ersten Session die Herren aus dem Tempel herausfliegen, die ihn zu Unrecht bezogen haben. Gleichzeitig wäre mit diesem Reinigungsakt auch Erlaß geschaffen für ein Duzend unsicherer Kantonsisten im nationalliberalen Lager.

Dann kommt sicher auch die Mehrheit zusammen für die Neueinteilung der Wahlkreise. Den Skandal kann kein aufrechter Reichstag länger ansehen, wenn die gegenwärtige Kreiseinteilung bietet. Man sehe sich die folgenden 27 konservativen Wahlkreise an:

Heiligenbeil-Enslau . . . 7 941	übertrag 126 543
Hr.-Holland-Mohrun- gen . . . 10 480	Röslin-Kolberg . . . 12 989
Ostere-Neidenburg . . . 12 229	Belgard-Schivelbein . . . 12 685
Ragnit-Wilkkallen . . . 10 032	Neu-Stettin . . . 8 746
Stallupönen-Goldap . . . 14 002	Neferitz-Bornst . . . 11 549
Oletho-Byck . . . 15 000	Guhrau-Steinau . . . 11 398
Sensburg-Ortelburg . . . 11 192	Militz-Trebnitz . . . 10 802
Brenzlau-Angermünde . . . 11 664	Namslau-Brieg . . . 8 549
Ost- und Westlitzernberg . . . 9 142	Ohlau-Nimptsch . . . 11 468
Demmin-Anklam . . . 8 366	Forchheim . . . 14 351
Wyritz-Saatzig . . . 12 442	Dinkelsbühl . . . 9 638
Neugard-Regenwalde . . . 12 111	Bretten-Sinsheim . . . 13 524
Greifenberg-Raminin . . . 10 274	Rastenburg-Gerdauen . . . 11 404
Stolz-Lauenburg . . . 15 405	Alle 27 zusammen 306 381
Bütow-Rummelsburg . . . 14 567	

übertrag 126 543

Demgegenüber eroberte die Sozialdemokratie die Wahlkreise

Teltow-Beeskow mit 163 765 Stimmen
Berlin VI „ 142 500 „

Beide zusammen mit 306 265 Stimmen.

Für die gleiche Stimmenzahl, mit der die Konservativen 27 Mandate ergatterten, bekamen die Sozialdemokraten ganze 2. Aber nicht nur die Sozialdemokratie leidet unter dieser Minderstimmigkeit, mehr noch schlägt sie den Liberalismus, der ja gerade wegen dieser Einteilung über kein einziges sicheres Mandat verfügt. Die erste Vorlage der Regierung, die Zustimmung bei Teilen der Linken finden soll, müßte abhängig gemacht werden von der Zustimmung der Regierung zu einer Neueinteilung der Wahlkreise oder zur Einführung des Proporzsystems, dann erst ist der Grundstock gelegt für zukünftige sichere Arbeit. Aber das wird unsere Fraktion schon ohnehin, wenn sich dazu Gelegenheit bietet, veranlassen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird auch im neuen Reichstage jederzeit ihre Pflicht und Schuldigkeit im Interesse der werktätigen Schichten unseres Volkes tun.

Unterstützen, fördern wir sie durch rege, unermüdete Agitation für unsere Sache, für die Freiheitsidee des kämpfenden Proletariats!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neuen preussischen Steuergesetze.

Das Abgeordnetenhaus begann mit der ersten Lesung der Steuergesetze. Der Finanzminister Dr. Lenzke leitete die Verhandlungen durch eine längere Rede ein, worin er die Notwendigkeit der dauernden Erhebung der bisherigen provisorischen Zuschläge betonte

und die Einzelheiten der Regierungsvorlage verteidigte. Vor allem erklärte er, daß die Regierung auf eine weitere Freistellung der unteren Einkommensteuerverlufen nicht eingehen könne. Seine Ausführungen fanden im Hause wenig Gegenliebe; die Redner der beiden konservativen Parteien, der Nationalliberalen und des Zentrums haben große Bedenken gegen einen Ausbau des Systems der direkten Steuern und namentlich gegen die Einführung des Deklarationszwanges für Vermögen, sowie gegen die Bestrafung der Steuerbetrüger mit Gefängnis. — Für unsere Fraktion sprach Genosse Hirsch, der den sozialen Charakter der Miquel'schen Steuerreform anerkannte, indem er unter großer Heiterkeit daran erinnerte, daß diese Reform wahrscheinlich noch Anklänge an die Zeit aufweise, wo Miquel Parteigenosse von uns gewesen sei. Weiter verneinte unser Redner die Notwendigkeit einer Steuererhöhung angesichts der glänzenden Finanzlage; er verlangte im Gegenteil Freistellung aller Einkommen bis zu 1500 Mark und wies nach, daß der dadurch entstehende Ausfall doppelt und dreifach durch eine gerechtere Handhabung des Veranlagungsgesetzes, durch die Einführung des Deklarationszwanges für Vermögen und durch eine progressive Ergänzungsteuer wettgemacht werden könne.

Wahlproteste.

Aller Voraussicht nach werden dem Reichstage diesmal eine erhebliche Zahl Wahlproteste zugehen, weil ziemlich viele Abgeordnete mit einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen gewählt sind. U. a. ist auch gegen das Mandat des freikonservativen Abgeordneten v. Dörken ein Protest eingelegt worden, der damit begründet wird, daß 412 Patienten der Heilanstalt Beelitz nicht in die Wählerliste der Stadt Beelitz aufgenommen worden sind. Trifft das zu, dann wäre die Wahl des Herrn v. Dörken allerdings ungültig, denn er erzielte in der Stichwahl nur eine Mehrheit von 290 Stimmen, mit denen er über den Kandidaten der Sozialdemokratie siegte.

Das Zentrum wird gegen die Wahl des Abgeordneten Bassermann gleichfalls Protest erheben.

Die Wahlrechtsvorlage in Anhalt.

Dem anhaltischen Landtage, der in diesen Tagen zusammentritt, wird auch eine Vorlage über die Reform des anhaltischen Landtagswahlrechtes zugehen. Über diese Vorlage wird jetzt berichtet, daß das Landtagswahlrecht geheim bleiben und — unter Wegfall des Wahlmännersystems — ein direktes Wahlrecht werden soll. In diesen beiden soll aber noch ein Drittes kommen: das System der Mehrstimmen nach Alter, Bildung und Besitz. Die Grundrichtung des neuen Wahlrechtes geht dahin, ein Pluralwahlrecht etwa nach dem Muster des Königreichs Sachsen einzuführen. Ob die Privilegierten-Mandate in ihrem heutigen Bestande aufrechterhalten werden können, sei eine Frage, die gleichzeitig mit einer Änderung des Landtagswahlrechtes entschieden werden müsse.

Das werktätige anhaltische Volk wird mit aller Energie dahin wirken, einen Strich durch die dunklen reaktionären Pläne der Regierung zu machen.

Die Steuerdebatte im preussischen Dreiklassenparlament.

Das preussische Abgeordnetenhaus überwies am Dienstag die Steuervorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Neue Momente traten in der Debatte nicht mehr zutage. Ebenso wie Montag unser Fraktionsredner, forderten heute die Fortschrittler die Einführung einer Progression bei der Ergänzungsteuer und die Freilassung der Einkommen bis zu 1500 Mk. — Ein lebhafter Streit entspann sich wieder über die Frage, ob die Landräte wie bisher den Vorsitz in den Veranlagungskommissionen führen sollen. Während die gesamte Linke die Landräte von diesem Geschäft befreien will, treten die Konservativen unbedingt dafür ein, daß die Landräte den Vorsitz in den Veranlagungskommissionen behalten sollen. Die Gründe hierfür sind einleuchtend. Interessant war es, daß die Konservativen und das Zentrum lebhaften Widerspruch erhoben, als der Abg. Cassel nebenbei die Möglichkeit der Einführung einer Reichserschäftssteuer erwähnte; es scheint also, als ob der schwarzblaue Block nach wie vor gegen eine solche Steuer heftige Opposition erheben wird.

Gegenüber unserer Forderung auf Freilassung der untersten Einkommenstufen wurde von konservativer Seite wiederum auf die angebliche Belastung der Arbeiter durch die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften hingewiesen. Unserem Genossen Ströbel, der sich zum Wort gemeldet hatte, wurde die Erwiderung hierauf durch einen Schlussantrag abgekniffen. Das Schicksal des Gesetzesentwurfes ist sehr ungewiß, da bisher nur die äußerste Rechte die Notwendigkeit einer dauernden Steuererhöhung anerkannt hat.

Die bayerischen Landtagswahlen.

Die führenden politischen Blätter vom Dienstagabend beschließen sich an erster Stelle mit dem Ausgang der Landtagswahlen in Bayern. Die „Zentrumspresse“ ist von dem Resultat hochbefriedigt. Die „Germania“ schreibt: „Man kann mit Fug und Recht sagen, daß das Zentrum in Bayern, weit entfernt davon, eine Niederlage erlitten zu haben, sich glänzend und siegreich gegen seine mannigfaltigen Gegner behauptet und seine Mehrheit im bayerischen Landtage aufs neue gesichert hat. — Dies ist umso mehr anzuerkennen, als auch die königlich bayerische Regierung, die mit der Kammerauflösung den Kampf gegen das Zentrum offiziell inaugurierte, im weiteren Verlaufe des Wahlkampfes immer offener und entschiedener den liberal-sozialdemokratischen Ansturm gegen das Zentrum unterstützte.“

Die agrarischen und konservativen Organe teilen die Freude des Zentrums. Das Viertelblatt, die „Deutsche Tagesztg.“, hält die Niederlage der Konservativen für in hohem Maße ehrenvoll, da sie einen Pakt mit der Linken ablehnten. „Die rechtsstehenden Parteien haben sich dadurch ihre Zukunft gesichert. Die Scharten werden ausgeweht werden.“

Der „Reichsbote“ schreibt: „Und nun? Bleibt tatsächlich alles beim alten nach dem so heftigen Kampf? Außerlich angesehen, vielleicht; aber das Zentrum wird viel gelernt haben und nicht so bald wieder wagen, in richtungsloser Form seine Majorität zu mißbrauchen und, auf sie pochend, gegen die Verfassung zu handeln. Der Schaden aber, den die Großblocktaktik der Liberalen anrichtet, wird bestehen bleiben und noch böse Folgen zeitigen. Die Liberalen werden vergeblich versuchen, ihre Wähler aus dem Unsturzlager zurückzupfeifen; wer seinem Haß gegen das Zentrum mit einem roten Stimmzettel Ausdruck gab, ist in Gefahr, auf die schiefte Ebene, die im roten Lager endet, zu geraten.“

Die liberalen Blätter konstatieren im wesentlichen die Tatsache, daß die Macht des Zentrums zwar zurückgedrängt, aber nicht gebrochen wurde. Die „Voss. Ztg.“ hebt u. a. hervor: „Über alle Maßen krupellos war die Agitation des Zentrums. Ein Wahlkampf in Bayern ist wohl selten mit solcher Heftigkeit geführt worden als diesmal bei der Landtagswahl. Das Zentrum stützt sich wieder auf die Kapläne als seine Wahlagenten. Katholische Geistliche jähen sich nicht, von der Kanzel herab an die Frauen die Mahnung zu richten, ihren Männern für den Fall eines Eintretens für die Gegner des Zentrums mit der Trennung von Tisch und Bett zu drohen.“

Die Gewinn- und Verlustliste der einzelnen Parteien stellt sich wie folgt:

Das Zentrum hat 11, der Bund der Landwirte 9 Sitze verloren. Die Sozialdemokratie gewinnt 9, die Liberalen 11, der bayerische Bauernbund 1 Mandat.

Die Bündnistreue der Liberalen hat sich bewährt, nur über die schlechte Organisation des Bauernbundes war zu klagen.

Folgende 30 Genossen wurden in den beigelegten Wahlkreisen gewählt:

Bickelmann (München 2), Schmitt (München 4), Köppler (München 7), Müller (München 8), Auer (München 9), Timm (München 10), Schmid (München 11), v. Bollmar (München 12), Kimmertall (München-Land), Probst (Speyer), Hoffmann (Kaiserslautern), Klement (Kaiserslautern), Huber (Ludwigshafen 1), Körner (Ludwigshafen 2), Keidel (Frankenthal), Säckler (Nürnberg 1), Süßheim (Nürnberg 3), Dorn (Nürnberg 4), Simon (Nürnberg 5), Schneppenhorst (Nürnberg 6), Segitz (Fürth), Klampfer (Fürth), Hirt (Schwabach), Dr. von Haffner (Erlangen), Vogel (Hersbruck), Lämmermann (Ansbach), Endres (Würzburg 1), Kollwagen (Würzburg 2), Bötzger (Kempten), Gentner (Kulmbach).

Neue Steuern.

Ebenso wie es seitlich, daß eine neue Heeres- und eine Marinevorlage kommen wird, genau so gut steht natürlich fest, daß neue Steuern kommen werden. Von unterrichteter Seite wird darüber dem „Berl. Tageblatt“ mitgeteilt:

Von den zur Deckung in Aussicht genommenen neuen Steuern steht nur jodiel fest, daß einige Steuern, deren Einbringung noch vor einiger Zeit ernsthaft erwogen worden ist, bestimmt nicht eingebracht werden sollen. Hierzu gehört vor allem der Plan, die zurzeit bestehende Malzsteuer in eine Fabrikationssteuer ohne Rücksicht auf den Malzgehalt des Bieres umzuwandeln. Ebenso scheint man den Gedanken an eine Weinsteuer fallen gelassen zu haben. Unter das Kapitel neuer Getränkesteuern würde eventuell die Sonderbesteuerung von Hotels, Gastwirtschaften und anderen dem Publikum dienenden Einrichtungen zu rechnen sein; diese Sondersteuern sollen in sehr weitgehender Zustimmung alle diejenigen Unternehmer treffen, die mit einer täglichen großen Vereinnahmung und mit einer verhältnismäßig hohen Verzinsung ihres Betriebskapitals rechnen können.

Im Endeffekt werden diese neuen Steuern wieder abgewälzt werden auf die nichtbesitzenden Kreise unseres Volkes. Man kennt ja seine Pappenheimer!

Die Aufgaben des neuen Reichstages.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ veröffentlichte an der Spitze ihrer am Mittwoch abend erschienenen Nummer folgendes:

Abgesehen von der Hauptaufgabe des neuen Reichstages in seiner bevorstehenden Session, der Verstärkung unserer Wehrfähigkeit nebst Deckung der Mehrkosten, befinden sich mehrere Entwürfe in Vorbereitung. Über den vom Bundesrat beschlossenen Entwurf des neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes haben wir kürzlich nähere Angaben gemacht. Über weitere Vorarbeiten erfahren wir gegenüber anderen irrigen Mitteilungen das folgende:

Vorbereitet sind Gesetzentwürfe über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und über die Versorgung von Personen, die in gemeinnütziger Tätigkeit beim Retten oder Bergen von durch Feuers- oder Wassergefahr bedrohten Menschen oder bei Ausübung eines öffentlichen Dienstes von Unfällen betroffen worden sind; ein Nachtragsetz für das Direktorium der zur Ausführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte erforderlichen Reichs-

anstalt; eine Vorlage wegen Schaffung der für die koloniale Rechtsprechung notwendigen Instanz und ein Schutztruppengesetz; ein Postgesetz. Unsere Rechtsbeziehungen zu Bulgarien sind durch drei Verträge, nämlich einen Konsularvertrag, einen Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten und einen Auslieferungsvertrag neu geregelt worden; diese Verträge sowie ein gleichzeitig abgeschlossenes Abkommen über die Verlängerung unseres Handelsvertrages mit Bulgarien werden dem Bundesrat und dem Reichstage zur Genehmigung zugehen.“

Die Sorge um das große Portemonnaie.

Bei der Erörterung über die Deckung der Kosten für die neuen Wehrevorlagen wird von verschiedenen Seiten natürlich wieder auf eine Reichseinkommen- und eine Reichsvermögenssteuer zurückgegriffen werden. Um von vornherein jeder Hoffnung auf Zustimmung des Bundesrats zu einer solchen Steuer die Spitze abzubrechen, erhielt der Präzident des Reichstages, Viktor Schweinburg, den Auftrag, in seinen „Berl. Pol. Nachrichten“ folgende Absage zu verbreiten:

„Wenn mehrfach jetzt angetregt worden ist, den Bedarf für die Heeres- und Flottenvorlage durch Reichsvermögens- oder Einkommensteuer zu decken, und wenn auf Grund solcher Möglichkeiten im Abgeordnetenhaus die Verwirklichung der definitiven Ordnung der preussischen Besteuerung als erforderlich erachtet worden ist, so mag darauf hingewiesen werden, daß der Bundesrat geschlossen auf dem Standpunkt steht, die Besteuerung des Vermögens und Einkommens den Bundesstaaten für ihre eigenen Staateverordnungen ausschließlich vorzubehalten. Abgesehen von den nahezu unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten, die die Konstruktion einer Reichsvermögens- oder Einkommensteuer bieten würde, ist es im Interesse der Sicherheit der Finanzen der Bundesstaaten und demzufolge eines befriedigenden Verhältnisses derselben zum Reich völlig unerlässlich, ihnen das Gebiet der Vermögens- und Einkommensteuern mit der vollen Sicherheit zu überlassen, daß sie auf ihm Eingriffe des Reiches nicht zu beschränken haben. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus hat im Frühjahr 1909 der Bundesrat beinahe einstimmig sogar das in der Finanzkommission des Reichstages beschlossene sog. Besitzsteuer-Kompromiß abgelehnt, obwohl es einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu bieten schien, auf die die Lösung der Besitzsteuerfragen bei der Reichsfinanzreform stieß. Von einer Annahmehnahme der Einkommen- oder Vermögensbesteuerung für das Reich kann daher nicht die Rede sein.“

Die Heeres- und Flottenkosten sollen, wie immer, auch jetzt wieder von den unteren und mittleren Volksschichten aufgebracht werden. Die Besitzenden drücken sich!

Wie in Ostpreußen gewählt wird.

Gegen die Wahl des konservativen Reichstagsabgeordneten Frommer im Wahlkreise Heiligenbeil-Pr. Eylau haben die Liberalen Protest eingelegt. Der Konservativist hat mit einer Majorität von 472 Stimmen im ersten Wahlgange gewählt worden. Der Protest ist begründet mit zahlreichen krassen Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen. So ist in zwei Bezirken amtlich nicht bekannt gemacht worden, daß die Wählerlisten ausliegen. In einer Reihe Wahllokale sind Suppenterrinen als Wahlurnen benützt worden. Die Kuverts mit den Stimmzetteln sind, wie das in Ostpreußen fast überall üblich ist, bei der Wahl sorgsam aufeinandergeschichtet worden, um die Wahl kontrollieren zu können. In einem Bezirk ist die Wählerliste erst einen Tag vor der Wahl zur Kenntnis der Wähler gekommen. In einem Wahllokal hat die Frau (!) des Lehrers den Wählern, die mit konservativen Stimmzetteln versehen waren, etwa einige liberale Stimmzettel wieder abgenommen und gesagt: „Die richtigen Stimmzettel habt Ihr ja schon!“ Das gleiche hat in einem anderen Wahllokal ein Inspektor getan. In einem Falle ist Bonkott angedroht worden. Ein Pole hat auf Grund seines Passes gewählt, obwohl er garnicht in der Wählerliste stand. In einem Wahllokal sind zwei Wähler erschienen, die beide nicht in der Wählerliste verzeichnet waren; der eine konnte wählen, der andere nicht. In einem Wahllokal hat der stellvertretende Wahlvorsteher, ein Oberinspektor, den Wählern geholfen, die Stimmzettel in die Kuverts zu stecken. Ein Agrarier hat an seine Arbeiter Stimmzettel verteilt, auf die handschriftlich der Name „Frommer“ gesetzt war und ihnen dann befohlen, nur diese Stimmzettel abzugeben. Tatsächlich fanden sich auch etwa 30 solcher Zettel in der Wahlurne. Dadurch, daß er selbst Wahlvorsteher war, konnte er genaue Kontrolle über seine Leute ausüben.

Nicht nur in diesem Wahlkreise, sondern in allen ländlichen Kreisen des Ostens, ist in dieser und vielfach in noch schlimmerer Weise bei der Wahl gewirtschaftet worden.

„Wahlreform“ in Braunschweig.

Dem zum Zwecke einer Reform des Wahlrechts zusammenberufenen Landtage Braunschweigs ging jodien die Wahlvorlage zu. Sie sieht 54 Abgeordnete, darunter 18 als Vertreter besonderer Berufsstände vor. Die 36 aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten werden auf Grund eines direkten und geheimen Dreiklassenwahlrechts gewählt, bei dem jeder 25 Jahre alte Braunschweiger, der sich drei Jahre im Großherzogtume aufhält und mindestens 4 Mk. direkte Staatssteuer bezahlt, wahlberechtigt ist. Die Berufsständegruppe setzt sich zusammen aus 6 Vertretern des Grundbesitzes, 4 Vertretern der Gewerbetreibenden, 2 Geistlichen und 6 Vertretern der wissenschaftlichen Berufe.

Es gehört eine gute Portion Mut dazu, diese Vorläge als „Reform“ zu präsentieren; der Landtagsmehrheit, deren Kommission seinerzeit einen noch schlechteren Entwurf ausarbeitete, ist die Vorlage vielleicht noch nicht einmal reaktionär genug.

Italien.

Eine Niederlage haben die Italiener bei Benghasi erlitten. Der türkische Bataillonschef Ali, der Kommandant der Stadt Benghasi belagernden türkischen Truppen, meldet, daß sich die Italiener nach drei nachlässigen

Angriffen der Türken und Araber zum Rückzug nach der Stadt genötigt sahen. Dieser scheint sich in verhältnismäßiger Ordnung vollzogen zu haben, denn in den nachher von den Türken besetzten Gräben hätten sich keine Geschütze, sondern nur Munition vorgefunden. Die Italiener hätten während dieser Nacht Kampfe 1300 Mann verloren, die Türken hätten nur 32 Tote und 81 Verwundete gehabt. Man habe gesehen, wie vier mit Leichen der gefallenen Italiener beladene Wagen nach Benghasi sich bewegten. Der taktische Gewinn der Türken wird als gering bezeichnet, da sich die Türken in den von dem italienischen Geschwader besetzten Gräben nicht lange halten könnten.

Die italienische Presse bestreitet natürlich die Richtigkeit dieser Meldung.

Der Lübecker Senat und die Staatsarbeiter.

Am Montag hat der Vorsitzende der Straßenbahnverwaltung, der Senator Strack, unter dem Beifall der erstklassigen Bürgerchaftsmitglieder zum Ausdruck gebracht, daß er auf Besuch werden und Klagen über die Verhältnisse der Straßenbahner nicht mehr reagieren respektive sich in seinen Entgegnungen die größte Zurückhaltung auferlegen werde. Damit gibt der Senat zu, daß ihm die Erörterung von Arbeiter-Angelegenheiten in der Bürgerchaft unangenehm sind. Wenn er allerdings glauben sollte, daß nunmehr derartige Erörterungen unsererseits unterbleiben, dann irrt er sich ganz gewaltig. Unsere Genossen in der Bürgerchaft werden nach wie vor Mißstände im Arbeitsverhältnis der Staatsarbeiter und Beamten kritisieren und mit allem Nachdruck auf ihre Beseitigung hinwirken.

Handelt es sich hier doch um Angestellte und Arbeiter, die vom Staate beschäftigt werden. Die maßgebenden Instanzen im Staate, Senat und Bürgerchaft, haben also die Pflicht, sich um die Verhältnisse der in Staatsdiensten stehenden Personen zu kümmern. Und deshalb ist es auch selbstverständlich, daß der Senat auf Anfordern aus der Bürgerchaft Rede und Antwort stehen muß. Es ist bedauerlich, aber auch kennzeichnend für die Mehrheit der Lübecker Bürgerchaft, die ja in Wirklichkeit nur eine kleine Minderheit der Bürger repräsentiert, daß sie der Erklärung des Senators Strack noch Beifall spendete. Damit hat diese Bürgerchaftsmehrheit bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, die Interessen der Staatsarbeiter und Angestellten zu vertreten. Sie fühlt sich, ihrem ganzen Milieu entsprechend, nur als Vertreterin der Erstklassigen und hat für Staatsarbeiter nichts übrig. Es ist notwendig, das mit allem Nachdruck zu betonen und diese Tatsache in immer weitere Kreise der Staatsarbeiter hineinzudringen zu lassen.

Warum will nun Senator Strack auf unsere Beschwerden bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht mehr eingehen? Weil der hier als Fraktionsredner in Frage kommende Genosse Stellung dem Senat nicht den Gefallen tun und Mißstände im Arbeitsverhältnis einfach totschweigen will. Der Senator hat aber auch den Anschein zu erwecken versucht, als ob lediglich Rörgelsticht, verbunden mit agitatorischen Gründen, das leitende Motiv unseres Redners sei. Man mußte weiter aus seinen Ausführungen schlussfolgern, als ob von unserer Seite unrichtige und unwahre Behauptungen in die Welt gesetzt worden seien. Was wir in bezug auf die schlechte Bezahlung der Straßenbahner, auf die lange Dienstzeit und sonstige Mißstände in der Bürgerchaft vorgebracht haben, hatten wir, weil den Tatsachen entsprechend, völlig aufrecht. Man hat uns vom Senatstische nicht widerlegen können, daß Straßenbahnschaffner heute noch mit 3,30 Mark täglich entlohnt werden. Man kann nicht abstreiten, daß auf einzelnen Linien die durchschnittliche Arbeitszeit 12 Stunden weit übersteigt. Das sind Tatsachen, die sich nicht ablenken lassen. Allerdings hat Senator Strack die Richtigkeit bestritten. Ihm ist aber zugute zu halten, daß er — wie mehrfach klar zutage trat — die genauen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner nicht kennt. Darum aber sollte er sich freuen, wenn er in der Bürgerchaft Gelegenheit bekommt, sich genau über die tatsächlichen Verhältnisse informieren zu können.

Will Senator Strack die Kritik erfolgreich unterbinden, dann möge er zunächst dafür sorgen, daß den Straßenbahnern ein Lohn gezahlt wird, der auch zum Lebensunterhalt ausreicht. Dann aber müßte er seinen Einfluß dahin ausüben, daß den Straßenbahnern endlich die freien Tage mitbezahlt werden und daß eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit eintritt. Gewähre man schließlich den Straßenbahnern das Recht der freien Koalition und die Klagen über die Verhältnisse der Straßenbahner werden verstummen. So lange man aber diese Bahn nicht beschneidet, so lange werden die sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglieder pflichtgemäß immer wieder nachpurren!

Nun ist am Montag vom Senatstische noch betont worden, daß der Senat ein warmes Herz für die Arbeiter habe. Unser Redner konnte demgegenüber an einem Beispiel zeigen, wie es hiermit bestellt ist. Er wies darauf hin, daß die Straßenreiniger jetzt bereits ein volles Jahr auf die Erledigung eines Gesuches um Vorsehung warten. Und weiter konnte er darauf hinweisen, daß der Geschirremeister den Straßenreinigern das warme Herz des Senats dadurch vordemonstriert hätte, indem er erklärte: Ein Senatmitglied habe gesagt, die Straßenreiniger täten ja doch nichts, sondern fröhen auf der Straße herum. Was die noch Zulage haben wollten.

Auffälligerweise berichtet die bürgerliche Presse hierüber gar nichts. Sie schweigt diese Äußerung einfach tot. Fürwahr, besser kann sich diese Sorte Presse nicht selbst kennzeichnen, als es hier geschehen ist.

Mit aller Deutlichkeit haben die letzten Verhandlungen der Bürgerchaft bewiesen, daß die Interessen der Staatsarbeiter und kleinen Beamten

Dankagung.

Für die zahlreiche Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Pastor Carstensen für die trostreichen Worte meinen innigsten Dank.

J. Spötter.

Misling, Februar 1912.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit sagen wir herzlichsten Dank.

F. Wollmer u. Frau, geb. Bull.

Ravensbüch.

Abgeschlossene
Zwei-Zimmer-Wohnung
zu vermieten

Waffenrauer 23, I.

Saubere flotte Damen-Maschinen-
Anzüge von 3-8 Mark zu verm.
Frau **Kahle,** Paulstraße 21.

Daujung für nachmittags 10^{er}
fort gesucht. Mo-
nat 4.-

W. Blohm, Sonjastraße 78, I.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling

für meine Schlosserei u. Fahrradrep.
Werkstatt. **H. Krohne,** Schwartau.

Zu kaufen gesucht ein guterhaltener
Kinderwagen

Vudwinstraße 58, nt.

Ein Petroleumofen

billig zu verkaufen
Wackenbura Nr. 10.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Gehe rote Lubeca-Rabattmarken.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“-) Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Bungeischer Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinigste Fabrikanten:

H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Einladung zum Ball der Seelente
zum Beiten der Seefahrer-Krankenkasse

am Sonntag, dem 11. Februar
im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 50-52.
Anfang 6 Uhr abends. Ende 2 Uhr morgens. Eintritt 60 Pf. Das Komitee.

Reparaturen an Uhren aller Art
zuverlässig, schnell und billig.
P. H. Calsen, Uhrmacher,
Adlerstraße 44.

Empfehle äußerst billige

Bettfedern

unter Garantie frei von Wild- und
Gähnerfedern.
Blücherstr. 27. **M. Otto** Blücherstr. 27.

Arbeiter-Radfahrer,
welche gewillt sind, am Saalfahren
teilzunehmen, werden ersucht, sich
am Donnerstag, dem 8. Februar,
abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus einzufinden.
Der Einberufer.

Achtung!

Sektions-Versammlung
der Hausdiener
und Fensterputzer

Donnerstag, 8. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Wahlen.
2. Verschiedenes.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Frauen.

Versammlung

Donnerstag, 8. Febr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Vortrag des Genossen Stellung
„Die Sozialdemokratie und der
Liberalismus“.
3. Befähigung der Lübecker Ge-
nossenschafts-Bäckerei.
4. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Einberuferin.

Zentral-Verband der
Zimmerer.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, 8. Febr.

abends 8 1/2 Uhr
Tagesordnung:
1. Innere Verbandsangelegenheiten.
2. Wahl eines Kolporteurs.
Alle Mitglieder müssen erscheinen.
Der Vorstand.

Zentral-Hallen

Dankwardigrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Dilettantenklub Freiheit.

Gr. theatralischer Abend
am Donnerstag, 8. Febr.,
im Konzerthaus „Flora“.

Zur Aufführung gelangt:
1. Rikhs-Liebe in 3 Akten.
2. Drei Frauen auf einmal.
Kassenöffnung 7 1/2 Uhr.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Kinder 15 Pf.
Programm frei.
Das Komitee.

Hansa-Theater.

Telephon 610. Telephon 610.
Dir. Reinh. Gollbach.
8 1/2 Uhr 8 1/2

Gastspiel Harry Waldens
in
„Sein Herzensjunge“
sowie
erstklassige Spezialitäten.
Les Lansaz
Les Romanis
The 4 Atlantics.

Vorverkauf: Sager, Zigaretten-
geschäft, Rohlfahrt, Niemeier,
Zigarettengeschäft, Breite Straße 68.
Telephon 1538.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 8. Februar. 7 1/2 Uhr.
Boll-Ab. 121. Donnerstag-Ab. 21.
Neu einstudiert!

Was ihr wollt.
Lustspiel von Shakespeare.
Musik von G. Humperdinck.
Freitag, 9. Februar. 7 1/2 Uhr.
Boll-Ab. 122. Freitag-Ab. 20.

Orpheus in der Unterwelt.
Bucleske Oper von Offenbach.
Vorläufige Anzeige!

Dienstag, 13. Februar. 7 1/2 Uhr.
Bei gewöhnlichen Opernpreisen!
Gastspiel des Kgl. Kammerjägers

Alois Pennarini
vom Hamburger Stadttheater.

Tannhäuser.
Grosse Oper von R. Wagner.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung

VON

Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Herstellung sämtlicher
== Buchdruckarbeiten ==
in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

□ □

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung

VON

Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Die Republik China.

Der Aktivist der Mandchudynastie von der Führung der Staatsgeschäfte liegt als Tatsache vor.

Nach der „Korrespondenz des Fernen Ostens“ haben die Republikaner Sunjichai die folgenden neun Erleichterungsvorschläge zur Thronenthronung der Mandchudynastie gemacht...

Eine Abteilung Revolutionäre ist an der Mündung des Jalu-Flusses gelandet und hat den aus Mukden entsandten Kaiserlichen eine Niederlage beigebracht.

Die Revolutionäre haben die Armee des Vizekönigs von Kwangtung, Kwangsi, die durch Desertionen geschwächt ist, geschlagen; hierbei sind etwa hundert Mann gefallen.

Oldenburger Landtag.

Mit einer Teuerungsbekanntmachung, die fast die ganze erste Sitzung nach den Ferien ausfüllte, setzten die Landtagsverhandlungen am Dienstag, dem 6. Februar, ein.

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Aber wie ist denn das gekommen?“ fragte er. Da raffte die Schächterin all ihre Kraft zusammen und hob ihr strahlendes Gesicht...

Als nun Regierungsassessor Richard im feierlichen Gesellschaftsanzug in der Schölerischen Villa erschien, fand zu nächst eine Unterredung unter vier Augen zwischen dem Fabrikbesitzer und dem Werber statt.

„Wollen wir diese finanziellen Dinge nicht später einmal gelegentlich besprechen?“ Dabei machte er ein so peinlich berührtes, vornehm abweisendes Gesicht...

„Ich bin gekommen,“ fuhr der Assessor fort, „weil mich mein Herz gebieterisch trieb. An materielle Fragen habe ich dabei nicht gedacht.“

Schlachtdieh. — Genosse Hug begründete den Antrag. Die Regierung hat jetzt selbst das Vorhandensein einer Teuerung zugestanden durch einen dem Landtag heute vorgelegten Gesekentwurf...

Minister Rustrath gibt in seiner Erwiderung zu, daß eine Teuerung besteht, ob aber eine Abbrückelung der Zölle verbilligend wirken wird, bezweifelt er.

Abg. Dr. Driver (Ztr.) meint, der Antrag sei nur zu Wahlzwecken gestellt gewesen, nun die Wahlen vorbei seien, hätte die Erörterung doch keinen Zweck mehr...

Abg. Langen-Deering (Fress. B.) erklärt sich mit der Tendenz des Antrags einverstanden. Nur zum Teil sei die Teuerung auf die Trockenheit zurückzuführen...

Abg. Jordan (Soz.) schildert die verheerenden Verhältnisse der Teuerung in den Industriegebieten und schildert die Ausweisungspraktiken...

Abg. Hartong (Zentr.) sucht die Teuerung dem schlechten Erntejahr zuzuschreiben, der Bevölkerungszunahme und dem spekulativen Großhandel.

Staatsminister Scheer bestreitet, daß die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik bei den Wahlen ihren Ausdruck gefunden habe.

Der Antrag Hug habe die Regierung sehr ernstlich beschäftigt. Daß eine Teuerung herrsche, sei nicht zu bestreiten, aber sie sei nicht auf Deutschland beschränkt...

Von der agrarischen Richtung treten für die heutige Wirtschaftspolitik die Abg. Dannemann und Feldhus ein, dagegen Abg. Dursthoff und Langen (lib.), der sich wiederholt mit dem Abg. Dannemann auseinandersetzt.

Abg. Hug (Soz.) ging in seinem Schlusswort nochmals auf die Einwände gegen seinen Antrag ein und hob hervor, wenn die bisher getroffenen Maßnahmen, wie Frachtermäßigung...

Bei der namentlichen Abstimmung wird der Antrag Hug mit 24 gegen 12 Stimmen angenommen.

Angenommen wurde dann noch der Staatsvertrag über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts für die Hansestadt Lübeck...

Der Gesekentwurf über die Teuerungszulage für die Beamten und Staatsarbeiter, der heute dem Landtag zugeht, will die folgenden Zulagen gewähren:

Table with 2 columns: Gehalt and Zulage. Rows for 2000-2700, 2700-3500, and over 3500 Mfr.

Aus der Partei.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die sozialdemokratische Fraktion trat Dienstag zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

„Na, Emil,“ sagte er mit gewaltsam lauter Stimme, während er unter den erlauchten Blicken des ihm Gegenüberstehenden blinzelte...

Der Prokurist, der schon vor achtzehn Jahren als Lehrling in die Fabrik eingetreten und an dem vertraulichen Ton seines Prinzipals gewöhnt war...

„Was ist Ihnen, Emil?“ Der Prokurist reichte sich mit einer übermenschlichen Anstrengung in eine straffere Haltung...

„Nichts“, stammelte er, „nur die Aberra...“ Er hatte sich schon wieder völlig in seiner Gewalt.

„Mit Assessor Richard?“ fragte er. Und als Herr Schöler bejahte hatte, bemerkte er schwer atmend: „Ich ahnte es — Meinen — herzlichsten Glückwunsch!“

Der Fabrikbesitzer drückte die ihm entgegengestreckte Hand und nickte dankend. Eine nachdenkliche, ernste Stimmung verriet sich plötzlich in seinen Mienen.

„Ob die Verlobung zu Helenens Glück ausschlagen wird, muß ja die Zukunft zeigen“, sagte er, seinen Kopf aufstützend.

„Sie wissen, Emil,“ sagte er wach und legte seine Hand dem jungen Manne auf die Schulter, „daß ich viel von Ihnen halte, und daß ich Sie wie einen Sohn lieb habe.“

Das höchste Recht.

Von Harald Sidde.

Unheimlich lag er ausgebreitet in dem schmalen grauen ...

Ein langer Schweigen war zwischen den beiden ge- ...

„Mogens, nein, jetzt müssen wir darüber reden.“ ...

„Ich habe auch nicht unrecht,“ erwiderte sie ruhig: ...

„Das ist nicht so recht von der Stelle; nämlich die ...

„Ich habe gehört, Herr Professor, daß ...

„Das ist nicht in Betracht, Mogens.“ ...

Über 200 Herzoperationen.

Vor der Wiener Gesellschaft der Ärzte hat Dr. Finsterer ...

Aus den Wäpblättern.

Augenärztin. Futurwörter: „Schlafen Sie hier ...

Der Vater. „Mein Gott, ich hätte auch ein großer ...

Resignation. Nach dem ich hier: „Seit zwei Stunden ...

Stoffweiser. Herr Oberdörfler (zum erstenmal ...

Waisenhaus. Madam: „Wie, jetzt um neun Uhr ...

Der Mieter. Wohnungsvermieterin: „Den ...

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Steinfing.

Kleines Feuilleton.

Die Abelsberger Grotte. In dem soeben erschienenen Heft 9 der „Natur“, Zeitschrift ...

„Na, Rut“, flüsternte er. Der bläuliche Käseförmige des Schnees ...

„Gib mir nun den meinen, Mogens.“ ...

„Du ... als meine Finger zu maner wurden, da hab' ...

„Sie beugte sich leicht über ihn und küßte ihn: ...

„Lebe wohl, Rut!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

„Lebe wohl, Rut!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

„Lebe wohl, Mogens!“ ...

Bilder aus China.

Aus Peking wird der „Postischen Zeitung“ vom 12. ...

